



IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern  
in Nordrhein-Westfalen

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME**  
**18/1389**

A11

# STELLUNGNAHME

Ihr(e) Ansprechpartner(in)

Ocke Hamann

E-Mail

hamann@niederrhein.ihk.de

Telefon

0203 2821-263

Datum

09.04.2024

## **Stellungnahme von IHK NRW e.V. zum Antrag der FDP-Fraktion „Die Stunde der Wahrheit – Nordrhein-Westfalen muss für genügend baureife Straßenprojekte sorgen, statt Geld zu verschenken“ im Landtag NRW**

IHK NRW macht sich große Sorgen um den Zustand der Straßeninfrastruktur in NRW. Immer wieder müssen Brücken ganz oder teilweise für den Verkehr gesperrt werden. Die Leistungsfähigkeit des Straßennetzes sinkt. Der Sanierungsbedarf bei Bundes-, Landes-, und kommunalen Straßen ist gewaltig. Für die Wirtschaft hat dies nachhaltig negative Auswirkungen ([DIHK 2023](#)). Unsere Unternehmen leiden massiv unter den zusätzlichen Staus und langen Umwegen. Die eingeschränkte Erreichbarkeit hat negative Folgen für die Logistikprozesse. Bestehende Zeitfenster und Umläufe können nicht mehr eingehalten werden. Es werden zusätzliche Fahrzeuge und Fahrer benötigt (die der Arbeitsmarkt nicht bereithält). Negative Effekte gibt es auch bei Dienstleistern wie z. B. Reparaturbetrieben. Diese stellen ihren Kunden zusätzliche Rüstzeiten in Rechnung. Der Einzelhandel in den Innenstädten klagt über eine rückläufige Kundenfrequenz. In Regionen, die von besonders massiven Einschränkungen der Leistungsfähigkeit betroffen sind, beobachten wir auch Kündigungen von Mitarbeitern und fehlende Investitionen.

Der schlechte Zustand der Infrastruktur hat ausgeprägt negative Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung und die Attraktivität als Industrie- und Gewerbestandort. Eine umfassende und schnelle Sanierung sowie die gezielte Ertüchtigung des Straßennetzes liegen deshalb im Interesse des Landes NRW und des Bundes. Wir beobachten mit Sorge, dass immer wieder der Eindruck entsteht, dass Bund und Land nicht gemeinsam mit größtmöglichem Nachdruck die Instandsetzung betreiben. Eine verspätete Instandsetzung oder eine unterlassene Kapazitätserweiterung kostet das Land NRW wirtschaftliches Wachstum.

Unsere Straßeninfrastruktur ist ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge. Auch wenn es gelingt, deutlich mehr Güter auf Schiene und Wasserstraße zu verlagern, bleibt die Straße das Rückgrat des Güterverkehrs. IHK NRW unterstützt daher ausdrücklich die Ertüchtigung der Straßeninfrastruktur ([vgl. Verkehrspolitische Leitlinien von IHK NRW 2023](#)).

## Ausbau und Sanierung

IHK NRW betrachtet die Erhaltung und die gezielte Ertüchtigung der Infrastruktur als zentrale Aufgabe des Staates. Dieser muss im Sinne der Daseinsvorsorge das öffentliche Gut der intakten Infrastruktur für alle Nutzer bereitstellen. Seine Aufgabe ist es, auf Nachfrageänderungen zu reagieren und damit Zukunftssicherung zu betreiben. Die Sanierung der Straßeninfrastruktur, besonders der Brücken, muss dabei oberste Priorität haben. Zusätzlich gilt es, die Ertüchtigung systematisch zu verfolgen. Jede Straßenbaumaßnahme hat einen nachgewiesenen volkswirtschaftlichen Nutzen. Gerade im Bereich von Engpässen und Netzlücken brauchen wir angesichts der weiter steigenden Verkehrsmenge mehr Kapazität. Diese Strecken stünden dann auch als Umleitungen für fahrbeschränkte hochfrequentierte Strecken zur Verfügung.

## Langfristprognosen harmonisieren

Um abschätzen zu können, wie groß der Bedarf künftig ist, wird der Bundesverkehrswegeplan derzeit fortgeschrieben. Auch ein neuer Landesstraßenbedarfsplan befindet sich in der Erarbeitung. Beide Planungen sollten auf denselben Datengrundlagen basieren. Es wäre nicht nachvollziehbar, wenn die Verkehrsmengenprognosen für die Beurteilung von Landesstraßenprojekten andere wären als die zum Bau der Bundesstraßen in NRW.

## NRW braucht einen Planungshochlauf

Mit Blick auf die zunehmend kritische Situation des Zustands unserer Infrastruktur, ist IHK NRW besorgt, dass die Möglichkeiten, zusätzliche finanzielle Mittel für NRW zu mobilisieren, nicht in allen Bereichen gelungen ist. In den Jahren 2022 und 2023 konnte NRW nicht alle Mittel abrufen, die der Bund NRW für den Bau und die Ertüchtigung der Bundesstraßen bereitstellen wollte.

Hintergrund ist, dass offensichtlich nicht genügend baureife Projekte in NRW vorlagen. Hätte der Landesbetrieb Straßen.NRW mit der Realisierung neuer Projekte beginnen können, wäre es möglich gewesen, die avisierten Mittel für Maßnahmen in NRW zu nutzen. So sind die Mittel verfallen. Gleichzeitig sind weniger Projekte in der Umsetzung, was den Verfügungsrahmen für die Folgejahre negativ beeinflusst. Siehe Tabelle:

	2021	2022	2023	
Verfügungsrahmen*	398	435	396	
Ist-Ausgaben*	434	393	378	
Differenz	in Mio. EUR	+36	-42	-18
	in %	+9 %	-9,7 %	-4,5 %

\*in Mio. Euro (eigene Darstellung, Quelle: Bundesverkehrsministerium)

Vor diesem Hintergrund fordert IHK NRW, die Planung von Projekten zu forcieren. Ziel muss es sein, einen ausreichenden Vorrat baureifer Projekte anzulegen, um die vom Bund bereitgestellten Mittel optimal zu nutzen. Einen solchen Planungsvorrat hat das Land z. B. 2021 und in den Jahren davor gehabt.



Dieser hat dazu geführt, dass NRW sogar mehr Mittel vom Bund bekommen hat als angekündigt. Es sollte kritisch geprüft werden, warum nicht ausreichend baureife Projekte im Jahr 2022 und 2023 vorhanden waren.

### **Mit besseren Rahmenbedingungen können mehr Projekte angegangen werden**

Trotz zahlreicher Beschleunigungsgesetze dauern Infrastrukturmaßnahmen noch immer zu lang. Wir begrüßen, dass sich NRW für die bisherigen Planungsbeschleunigungsgesetze der Bundesregierung eingesetzt hat, sehen aber weiteren Bedarf, Planungs- und Genehmigungsprozesse grundlegend zu vereinfachen. NRW darf nicht ruhen, diese Verbesserungen beim Bund einzufordern. Wo das Land für Baumaßnahmen mit anderen Behörden zusammenarbeitet, sollten Reibungsverluste minimiert werden. Das heißt, fertige Planungen für Bundesstraßen sollten unverzüglich an das BMDV und im Anschluss zur Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens an die Bezirksregierungen übersandt werden.

Das Land NRW testet den Einsatz innovativer Brückenbauten. Das begrüßen wir ausdrücklich. Die Bauindustrie hält überzeugende Techniken bereit, um das Sanierungstempo zu steigern. Auch finanziell sollten mehr Anreize für pünktliche oder vorzeitige Baufertigstellung gesetzt werden. Die volkswirtschaftlichen Kosten von später bereitgestellten Kapazitäten der Infrastruktur sollten dabei Maßstab sein.

*IHK NRW ist der Zusammenschluss der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. IHK NRW vertritt die Gesamtheit der IHKs in NRW gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie den für die Kammerarbeit wichtigen Behörden und Organisationen.*